

# „Das fällt zum Teil in die Verharmlosungsstrategie“

MdL Frank Kuschel zum Umgang mit einem NSDAP-Maler in Ilmenau

„Bilder mit Braunschleier“ hat eine regionale Tageszeitung kürzlich mit Bezug auf Ilmenau getitelt. Worum geht es?

Es geht um einen ortsansässigen Künstler aus den 1930er und 40er Jahren, der zeitgleich für die NSDAP damals in der Stadtverordnetenversammlung saß, und eines seiner Bilder hängt seit einigen Jahren im Saal des Rathauses.

Sie hatten sich in dieser Sache schon im Jahr 2006 mit einer parlamentarischen Anfrage an die damalige CDU-Landesregierung gewandt? Mit welchem Ergebnis?

2006 sind Bürgerinnen und Bürger auf mich zugekommen und haben mich auf die Bilder, die dort im öffentlichen Raum gezeigt werden in Ilmenau, hingewiesen. Insofern habe ich mich an die Landesregierung gewandt. Wir sind nicht für Bilderstürmerei, diese Bilder gehören zur Regionalgeschichte von Ilmenau, aber die Bürger als auch ich haben da Bedenken, ob diese Bilder unbedingt im Ratssaal gezeigt werden müssen. Die Landesregierung hat die Zuständigkeit dem Stadtrat und dem dortigen Oberbürgermeister Herrn Seeber von der CDU zugeordnet. Das ist richtig so. Bedauerlicherweise hat es kein Umdenken im Ergebnis der parlamentarischen Befassung gegeben.

Von der örtlichen CDU ist Ihnen damals sogar Populismus vorge-

worfen worden. Warum tut sich die CDU mit der Aufarbeitung der Nazi-vergangenheit so schwer?

Da kann ich nur spekulieren, ich bin ja nicht die Ilmenauer CDU. Man muss wissen, zu DDR-Zeiten hing dieses Gemälde, das jetzt im Stadtratssaal hängt, im Speisesaal des VEB Ilm-Kristall. Also auch die DDR hat diese Kunst nicht versteckt, aber hat sie an einem Ort gezeigt, wo es auch einen Bezug zu den Motiven gab. Dort wird ja eine Szene aus der Glasindustrie dargestellt. Warum die CDU nun unbedingt diesen Künstler an diesem Ort, würdigt, zeugt offenbar davon, dass die Dimension, die das hat, und die auch zum Teil in die Verharmlosungsstrategie des Nationalsozialismus fällt, offenbar nicht erkannt wurde oder nicht so erkannt werden soll. Im Übrigen, die gleiche CDU hat mit Vehemenz sich



dafür eingesetzt, dass Kunst aus DDR-Zeiten im Wesentlichen aus den öffentlichen Räumen verbannt wurde.

Der Maler Alfred Wegwerth, um

den es geht, war NSDAP-Stadtrat in Ilmenau. Was ist konkret über seine dortige Arbeit bekannt, ist bereits etwas bekannt?

Es ist bekannt, ist im Stadtarchiv auch dokumentiert, er war jetzt keine sogenannte Führungspersönlichkeit, aber klar, als Stadtrat für die NSDAP hat er politische Verantwortung, zumindest im regionalen Raum, getragen, also auf kommunaler Ebene. Ich kann es noch einmal betonen, wir als LINKE, da bin ich mir mit dem Stadtverband in Ilmenau einig, wollen nicht, dass seine Kunst in irgendeiner Art und Weise aus dem öffentlichen Raum verbannt wird, aber wir haben Bedenken, dass seine Kunst nun ausgerechnet im Ratssaal des Rathauses gezeigt wird.

Was muss aus Ihrer Sicht jetzt sofort passieren?

Da nun das Bild schon seit längerem dort hängt, haben wir gesagt, es wäre auch nicht gerade hilfreich, es jetzt vom Ort zu entfernen, sondern wir wollen, dass die Kunstwerke des Herrn Wegwerth durch Erläuterungstafeln für den Betrachter auch in diese historische Dimension der Zeit des Nationalsozialismus gerückt werden.

Das Gespräch führte Stefan Wogawa  
Fassadenbild von Alfred Wegwerth am Faraday-Bau der Technischen Universität Ilmenau. Foto: Michael Sander (Creative Commons Lizenz für freie Kommunikation).

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Unheimlich

Der Fakt verwundert: aus der Bundestagsfraktion der Linkspartei werden sich diametral gegenüberstehende Vorstellungen über die Zukunft des berüchtigten deutschen Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ geäußert. Die Bandbreite der Meinungen wurde durch eine Themenseite im Neuen Deutschland vom 4./5. August deutlich. Während der Innenpolitiker Jan Korte für die Abschaffung des diskreditierten Geheimdienstes eintrat, betonte der Jurist Wolfgang Nescovic dessen Notwendigkeit und ordnete gleich an, dass es überhaupt „nur eine Schlussfolgerung“ gebe, nämlich effiziente Kontrollstrukturen. Nescovics Position ist einigermaßen unverständlich, heißt es doch im Programm der Partei DIE LINKE ganz eindeutig: „Wir wollen die Geheimdienste abschaffen.“

Anstatt diese Programmatik, der Nescovic auch als parteiloser Abgeordneter seinen Wählern gegenüber verpflichtet ist, aktiv umzusetzen, nähert sich der frühere Richter argumentativ Leuten wie CSU-Innenminister Friedrich an. „Ich will die Transparenz gegenüber dem Parlament verstärken und weitere Möglichkeiten schaffen, die Arbeit der Geheimdienste zu begleiten“, hatte der angekündigt. Friedrich will außerdem mehr Kompetenzen für die Aktenvernichter des Kölner Bundesamtes und ihre Landeskollegen wie den „kleinen Adolf“ aus Hessen. Von „größeren, schlagkräftigeren Einheiten“ der Geheimen wird phantasiert.

Nescovic vernebelt nicht nur, er relativiert mit fragwürdigen Vergleichen verantwortungslos die jahrzehntelange Skandalgeschichte des „Verfassungsschutzes“, die im Versagen angesichts der Neonazi-Terrorgruppe NSU kulminierte. Er wolle dem Geheimdienst „die Unheimlichkeit nehmen“, hat Nescovic angekündigt. Ich gebe zu, dass mir auch seine Intentionen unheimlich sind.

## IT-Kriminalität

„Die Kapazitäten der Thüringer Gerichte müssen umgehend auf die wachsende Wirtschafts- und IT-Kriminalität eingestellt werden“, forderte MdL Sabine Berninger. Die Linksfraktion hat dazu einen Antrag an den Justizausschuss eingereicht. Es sei auch erforderlich, dass hier mehr ‚Quereinsteiger‘ aus der Wirtschaft und dem Steuerwesen beschäftigt werden. „Denn die Bearbeitung von Fällen aus dem Bereich des Wirtschafts- und IT-Strafrechts verlangt Kenntnisse, die in der üblichen juristischen Ausbildung nicht vermittelt werden.“

Notwendig sei deshalb auch der Ausbau der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Richter und Staatsanwälte, so z. B. für Kenntnisse in Betriebswirtschaft, Buchhaltung, Bilanztechnik.

Zu klären sei zudem, wie umfangreich Überschneidungen zwischen Wirtschaftsstrafsachen und IT-Kriminalität seien. Daraus müssten dann weitere Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Arbeitsstrukturen und -abläufe bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften gezogen werden.

## Beratungsstellen vor dem Aus

Vier Schwangerschaftsberatungsstellen in Südthüringen (in Schmalkalden, Bad Salzungen und Eisenach in Trägerschaft der AWO und in Sonneberg in Trägerschaft von Pro Familia) wurde zum Jahresende gekündigt. „Die Finanzierung reicht hinten und vorne nicht, da es keinerlei Kosten für Verwaltungsaufgaben gibt und die schwieriger gewordenen Problemfälle nicht berechnet werden“, so Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Vor diesem Hintergrund wirkten „die Rückforderungen der Landesregierung an die Beratungsstellen wie ein Brandbeschleuniger zur schnelleren Abwicklung der Beratungsangebote“. Die Schwangerschaftsberatungsstellen müssen 338.000 Euro für die Jahre 2004 bis 2007 zurückzahlen (laut Landesrechnungshof). „Sie brauchen aber das Geld, um tatsächlich arbeiten zu können“, betonte Karola Stange. Die für 2013 neu zu überarbeitende Richtlinie müsse deswegen berücksichtigen, dass viele Frauen mit Familien-, Schulden-, Arbeitslosen- und Lebensproblemen kämen. „Das kann nicht in

einer Beratungsstunde erledigt werden.“ Die LINKE werde deswegen im Gleichstellungsausschuss beantragen, an der Erarbeitung der Richtlinie beteiligt zu werden. „Wir legen Wert darauf, dass soziale Beratungsleistungen nicht mit dem Rechenschieber des Finanzministers zusammengestrichen, sondern den wachsenden Anforderungen gemäß finanziert werden.“

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.